

## **Niederschrift** **über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Gemeinderates**

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 14.11.2024
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:40 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	21:08 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	im großen Sitzungssaal des Rathauses

---

### **Anwesend sind:**

#### **Als Vorsitzender:**

Redelberger, Thomas, Bürgermeister

#### **Ratsmitglieder:**

Barth, Tobias	SPD
Bauer, Hartmut	CDU
Bernauer, Mark	CDU
Bickelmann, Jenny	AfD
Fox, Marco	FDP
Frevel, Petra	FDP
Gammel, Eva	IG IDAL
Haberer, Leopold Andreas	CDU
Kaninke, Werner	AfD
Kiel, Johannes	CDU
Klein, Lisa-Marie	CDU
Kopp, Pascal	FDP
Lafontaine, Hans Gerhard	Bündnis 90/Die Grünen
Lesch, Bruno	CDU
Mailänder, Herbert	SPD
Mailänder, Nicolas	IG IDAL
Müller, Nico	SPD
Näckel, Kilian	CDU
Neuhardt, Jörg	SPD
Nikolay, Dirk	AfD
Saar, Horst	IG IDAL
Schmidt, Stefan	SPD
Schulz, Jennifer	CDU
Schwindling, Jörg	CDU
Schwindling, Philipp	CDU
Simmet, Helke Waltraud	SPD
Simmet, Marvin	SPD
Stabel, Waldemar	AfD
Trappmann, Claudia	SPD
Wachall, Richard	CDU
Zimmer, Reiner	SPD

#### **Von der Verwaltung:**

Mack, Ursula  
Nowack, Heike  
Ringe, Markus

Thinnes, Klaus

**Schriftführerin:**

Maurer, Marion

**Entschuldigt fehlt/fehlen:**

Luksic, Oliver

FDP

Tomaschko, Myriel Christa Maria SPD

Der Vorsitzende begrüßt die anwesenden Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Heusweiler und teilt mit, dass deren Berufung im Rahmen der Gemeinderatssitzung vollzogen wurde, um deren Engagement zu ehren. Jedes dieser Mitglieder übernehme Sonderämter zu den üblichen Tätigkeiten eines Feuerwehrmanns. Nach Überreichung der Bestellungsurkunden spricht er allen Mitgliedern seinen herzlichen Dank aus.

Gemäß der Satzung über die Einrichtung einer Einwohnerfragestunde in den Ortsräten und im Gemeinderat der Gemeinde Heusweiler findet vor Eintritt in die Tagesordnung eine Einwohnerfragestunde statt, in der anwesenden Einwohnerinnen und Einwohnern die Gelegenheit gegeben wird, Fragen an die Verwaltung und die Ratsmitglieder zu richten. Im Anschluss daran findet die Sitzung statt (siehe Anlage).

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Gemeinderat beschlussfähig ist. Er eröffnet die Sitzung um 18:40 Uhr.

Wie im Bau- und Verkehrsausschuss besprochen, schlägt er vor, die Drucksache BV/0170/24 „Vergabe der Durchführung des Winterdienstes im Winter 2024/2025“ als TOP 8.2 auf die Tagesordnung aufzunehmen.

**Einstimmiger Beschluss:**

„Der Gemeinderat beschließt, die Drucksache BV/0170/24 als TOP 8.2 auf die Tagesordnung aufzunehmen.“

Der Vorsitzende lässt über die Annahme der geänderten Tagesordnung abstimmen.

**Einstimmiger Beschluss:**

„Der Gemeinderat beschließt nachfolgend aufgeführte Tagesordnung.“

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Annahme der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 07.10.2024 (öffentlicher Teil)
- 2 Bekanntmachung der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 07.10.2024
- 3 2. Nachtragshaushaltssatzung 2024 (Stellenplan)  
Vorlage: BV/0162/24
- 4 Nutzungsordnung und Entgeltordnung für die Nutzung der Sport- und Mehrzweckhallen, sonstiger Einrichtungen und des Mobiliars der Gemeinde Heusweiler  
Vorlage: BV/0154/24
- 5 Wirtschaftsplan 2025 des EVS  
Vorlage: BV/0156/24
- 6 Mitteilungen und Verschiedenes

### **Nichtöffentlicher Teil**

- 7 Annahme der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 07.10.2024 (nichtöffentlicher Teil)
- 8 Vergabe von Lieferungen und Leistungen
- 8.1 Grundsatzbeschluss zur Vergabe der Gaslieferungen für die Liegenschaften und der Stromlieferungen für die Liegenschaften und die Straßenbeleuchtung der Gemeinde Heusweiler  
Vorlage: BV/0153/24
- 8.2 Vergabe der Durchführung des Winterdienstes im Winter 2024/25  
Vorlage: BV/0170/24
- 9 Grundstücksangelegenheiten
- 9.1 Antrag auf Aufstellung von Vorhabenbezogenen Bebauungsplänen - Grundsatzbeschluss  
Vorlage: BV/0133/24
- 10 Mitteilungen und Verschiedenes
- 11 Personalangelegenheiten
- 11.1 Ernennung einer Beamtin auf Lebenszeit  
Vorlage: BV/0157/24

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Annahme der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 07.10.2024 (öffentlicher Teil)**

##### **Einstimmiger Beschluss bei 2 Stimmenthaltungen (1 AfD/1 CDU):**

„Die Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 07.10.2024 (öffentlicher Teil) wird in der vorliegenden Fassung angenommen.“

#### **zu 2 Bekanntmachung der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 07.10.2024**

Der Vorsitzende verliest die Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 07.10.2024:

- Der Gemeinderat beschließt die Grundstücksnutzung der Parzelle in der Gemarkung Hellenhausen, Flur 03, Nr. 136 im Rahmen der Errichtung und des Betriebes der Windkraftanlage Hellenhausen durch die Firma Anschütz Erneuerbare Energien GmbH zu den im Sachverhalt geschilderten Konditionen.  
Der Gemeinderat beschließt die Sondernutzung zum Zwecke der Verlegung von Anschlussleitungen für die Windkraftanlage Hellenhausen zu den im Sachverhalt dargelegten Konditionen.  
Der Gemeinderat beschließt die Sondernutzung zum Zwecke der Nutzung von Wegen als Zuwegung für die Windkraftanlage Hellenhausen auf den Parzellen in der Gemarkung Hellenhausen, Flur 03, Nr. 175/2 und in der Gemarkung Numborn, Flur 01, Nr. 118/1 sowie Flur 02, Nr. 168/21, durch die Firma Anschütz Erneuerbare Energien GmbH zu den im Sachverhalt geschilderten Konditionen.
- Die unbefristet ausgeschriebene Stelle im Bereich Sachbearbeitung Umweltangelegenheiten wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt in Vollzeit (derzeit 39,0 Wochenstunden) mit dem Bewerber Herrn Daniel Seidel besetzt. Ein/e Ersatzkandidat/in wird nicht benannt.

#### **zu 3 2. Nachtragshaushaltssatzung 2024 (Stellenplan) Vorlage: BV/0162/24**

Der Vorsitzende erteilt Herrn Ringe das Wort.

Dieser führt aus, dass in der Sitzung des Personal- und Finanzausschusses am 04.11.2024 seitens der Fachbereichsleiter und des Bauhofleiters vorgestellt wurde, wie die Verwaltung derzeit aufgestellt sei und welche Veränderungen am Personalkörper vorgenommen werden müssten, um die Handlungs- und Arbeitsfähigkeit künftig zu sichern. In insgesamt 11 internen Sitzungen (jour-fixe) seien komplett neue Konzepte erarbeitet worden. Hieraus sei infolge dieser Nachtragsentwurf für den Stellenplan entstanden, bei dem es um die Regelung zur Schaffung neuer Stellen gehe. Eine wichtige organisatorische Änderung sei, die

künftige Ausgliederung des Baubetriebshofes, als eine Art eigenständiger Bereich, der dem Bürgermeister unterstellt ist. Wenn dem Stellenplan in der heutigen Sitzung zugestimmt werde, könne diese organisatorische Änderung soweit umgesetzt werden. Bei Betrachtung der Zusammenstellung im Teil C gehe man von aktuell 225,87 auf 238,7 Planstellen hoch. Dies sei ein Zuwachs von insgesamt 12,83 Stellen im Gesamtäquivalent. Bei Beschluss des Stellenplanes würden somit die Grundlagen geschaffen. Der Gemeinderat müsste den einzelnen Stellenbesetzungsverfahren zustimmen, damit eine Besetzung erfolgen könne. Derzeit habe die Gemeinde Heusweiler keinen Personalpuffer. Dies hänge damit zusammen, dass man im Rahmen des Haushaltsanierungskonzeptes 2012 und 2013 alle möglichen unbesetzten Stellen gestrichen habe. Somit sei es recht schwierig, handlungsfähig zu bleiben. Zumal man bedenken müsse, dass man allein im Rathaus aktuell fünf Elternzeitfälle und insgesamt drei Langzeiterkrankungen habe. Bei einem Ausfall von 8 Personen sei es für die Verwaltung, mit einem Personalkörper von ca. 70 Mitarbeitern schwierig, entsprechend handeln zu können. Er spricht die Situation im Bürgerbüro an, welches teilweise geschlossen werden musste, da der Betrieb nicht mehr gewährleistet war. Es gehe heute nicht darum, sich ein großes Polster an Personal anzueignen, sondern ganz klar darum, die Arbeitsfähigkeit der Gemeinde sicherzustellen und verdeutlicht dies am Beispiel des Regionalverbandes, welcher für das nächste Jahr 55,5 echte neue Stellen schaffe. Weitere Probleme seien flexible Renteneintritte und viele Teilzeitmodelle in der Verwaltung. Dazu seien im Jahr 2024 allein in der Verwaltung 6 Kündigungen von Mitarbeitern eingegangen. Auch hierdurch habe man eine hohe Arbeitsverdichtung, der entgegengesteuert werden müsste. Das größte Problem sei jedoch der fehlende Personalpuffer. Er erläutert die Vorschläge zur Schaffung weiterer Stellen in den einzelnen Fachbereichen. Seitens der Verwaltung werde die Empfehlung ausgesprochen, das seitens des Gemeinderates eine Zustimmung erfolge solle. Für Fragen der Gemeinderatsmitglieder stehe er gerne zur Verfügung.

Herr Zimmer spricht den Vorschlag zum Stellenplan seitens der Fraktionen SPD, IDAL, FDP und des Einzelratsmitgliedes Herrn Lafontaine an, der zuvor verteilt worden sei (siehe Anlage). Er entschuldigt sich für die kurzfristige Vorlage, aber man habe über Tag noch die letzten Abstimmungen vorgenommen. Die Notwendigkeit, die Umsetzung der einen oder anderen Position im Nachtrags Haushaltsplan vorzunehmen, werde nicht gesehen. Man sei jedoch offen dies in der Diskussion über den neuen Doppelhaushalt 2025/2026 zu beraten. Er verweist auf den vorliegenden Änderungsantrag, der zur Abstimmung gestellt werde, und erläutert diesen.

Der Vorsitzende weiß nicht, ob er entsetzt, enttäuscht oder verzweifelt sei. Er könne die Grundhaltung der SPD-Fraktion nicht verstehen. Man habe über Jahre viele Stellen eingespart, was zu einem großen Teil auf dem Rücken des Personals ausgetragen worden sei. Des Weiteren spricht er die mittlerweile hervorragende Haushaltssituation an. Am Beispiel des Bürgerbüros verdeutlicht er, dass viele Köpfe vorhanden seien, jedoch nicht viele Stunden. Dies sei bei der Vorstellung durch die Fachbereichsleiter deutlich dargestellt worden und betreffe auch die anderen Fachbereiche, ebenso wie den Bauhof und die Kindergärten. Die fehlenden Stunden müssten durch die vorhandenen Beschäftigten aufgefangen werden, so dass die Umsetzung oftmals länger dauere. Er verweist nochmals auf die Einstellung von 55 Mitarbeitern für den Regionalverband sowie das Ansteigen der Regionalverbandsumlage auf 14,5 Mio. Euro. Die Äußerung, dass die Vertretung

des Fachbereichsleiters durch das Personalamt erfolgt sei, sei nicht korrekt. Frau Ewen habe lediglich die Vertretung im Personalbereich übernommen. Seit Jahren bestehe keine Vertretung für den Hauptamtsleiter, als rechte Hand des Bürgermeisters. Er könne nicht verstehen, wie man sich anmaßen könne, hier eine Beurteilung zu treffen. Selbst wenn diese Stellen geschaffen würden, bedeute dies noch nicht, dass entsprechende Mitarbeiter gefunden würden.

Herr Ringe teilt mit, dass man sich im Vorfeld mit dem Landesverwaltungsamt abgestimmt und von deren Seite den Hinweis erhalten habe, einen Personalpuffer einzubauen, um nicht erneut vor einer solchen Personalsituation zu stehen. Man wolle lediglich die Handlungsfähigkeit der Gemeinde sichern. Bis der nächste genehmigte Doppelhaushalt vorliege, befinde man sich voraussichtlich im Sommer 2025. Auch sei der Rat bei den Stellenbesetzungen dabei, weswegen er über die Aussage des Sperrvermerkes verwundert sei. Der Sperrvermerk sei der Rat selbst, da dieser über die Einstellungen entscheide. Er komme nochmals zu den kritisch angesprochenen Stellen und teilt mit, dass er in diesem Jahr 14 Tage Erholungsurlaub gehabt habe und noch über seinen kompletten Erholungsurlaub für das Jahr 2024 verfüge. Bezüglich der Stabstelle „Presse und Kultur“, teilt er mit, dass der Arbeitsvertrag zum 31.12.2024 ende. Diese Mitarbeiterin sei in Entgeltgruppe 9a beschäftigt. Die Nachbesetzung der Stelle sei in der Entgeltgruppe 8 ausgeschrieben und für den nächsten Stellenplan vorgesehen. Im Nachtrag könne er schlecht die Stelle auf die Entgeltgruppe 8 runtersetzen. Künftig soll diese Stabstelle entfallen. Bezüglich der Stelle im Bürgerbüro, die nicht geschaffen werden soll, bittet er Herrn Thinnes zu erläutern, wo die Notwendigkeit gesehen werde.

Dieser weist darauf hin, dass viele Köpfe vorhanden seien, es sich jedoch um viele Teilzeitbeschäftigte handele. Es bestehe eine absolute Schwachstelle im Bereich des Nachmittages, so dass der Bürgerservice bereits eingeschränkt werden musste. Bei diesem Lösungsvorschlag gehe es darum, sich stärker aufzustellen. Sollte es zu keiner Änderung kommen bleibe die Schwachstelle bestehen, so dass man sich weiterhin dem Unmut der Bürger aussetzen müsse.

Herr Ringe verweist auf das Terminbuchungssystem, wonach seit Corona über 25.000 Termine vergeben worden seien. Bei den angesprochenen Stellen 86 und 87 (Flüchtlingshausmeister) seien im letzten Personal- und Finanzausschuss Verlängerungen besprochen worden. Diese seien bis 12/2025 befristet beschäftigt. Er hält zur Stellenbesetzung im Bauamt fest, dass es nicht um einzelne Personen gehe, sondern um die Schaffung der Stellen. Die Entscheidung, wer die Stellen erhalte, obliege dem Rat. Zur Stelle Nr. 150 wolle er ergänzen, dass die Bauhofsoftware tatsächlich im Einsatz sei. Diesbezüglich hätte er gerne gewusst, ob die Stelle bei 0,26 auf 0,76 oder auf 0,5 gesetzt werden solle.

Auf die Aussage von Herrn Zimmer, dass zweimal eine halbe Stelle sinnvoller sei, als eine ganze Stelle, hält Herr Ringe fest, dass hier auf 0,76 eine Erhöhung durchgeführt werden solle.

Herr Zimmer verneint dies. Zu der bestehenden 0,26 Stelle soll eine 0,5 Extrastelle hinzukommen.

Herr Ringe würde es aufgrund der Nummerierung und der Thematik auf 0,76 Stelle schreiben. Hier könnte man 0,5 einstellen und man habe noch die 0,26 hinzu, so dass dies im Doppelhaushalt angepasst werde.

Herr Wachall könne die Aussage des Bürgermeisters nur unterstreichen. Wer in der Sitzung des Personal- und Finanzausschusses anwesend war, habe die Präsentation der Fachbereichsleiter mitverfolgen können. Diese sei transparent und plausibel dargestellt worden. Aufgrund einer veränderten Arbeitswelt bestehe der Bedarf einer Nachpersonalisierung. Hinzu komme, dass auch seitens des Landesverwaltungsamt empfohlen werde, entsprechend dem Verwaltungsvorschlag zu verfahren. Die CDU-Fraktion habe sich beraten und einen Beschluss gefasst. Aufgrund der zuvor getätigten Äußerungen und des diesbezüglichen Beratungsbedarfes werde jedoch eine Sitzungsunterbrechung vorgeschlagen.

Herr Saar spricht den Dank der Fraktion IDAL den Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung aus, die am letzten Montag ihre Präsentationen vorgestellt und verdeutlicht hätten, was es mit den Stellennummern auf sich habe. Da man den Haushaltsplan für die nächsten zwei Jahre noch nicht kenne, wolle man einerseits der Verwaltung helfen, da der Bedarf gesehen werde. Auf der anderen Seite habe man auch die Pflicht als Ratsmitglieder darauf zu achten, dass der Haushalt vernünftig aufgestellt und nachvollziehbar sei. Er schließe sich dem Vorschlag auf Sitzungsunterbrechung an.

Herr Fox dankt im Namen der FDP-Fraktion den Mitarbeitern, die die Mehrarbeit die ganze Zeit mitgetragen haben. Des Weiteren dankt er den Fachbereichsleitern, für die Präsentation im Ausschuss. Natürlich sehe auch die FDP-Fraktion Handlungsbedarf und wolle die Verwaltung unterstützen. Wenn er die letzten Monate Revue passieren lasse, wirkte es für ihn persönlich, etwas chaotisch und nicht ganz transparent. Durch die Präsentation mit Flipcharts sei mehr Klarheit geschaffen worden. Diese ca. 12 Stellen seien einiges, so dass die FDP keine Relevanz sehe, dies vollumfänglich im Nachtragshaushalt 2024 mit zu tragen. Er möchte wissen, ob es für die Haushaltsplanung 2025 einen vollumfänglichen, transparenteren und verständlich ausgearbeiteten Stellenplan gebe, in dem die Besetzungen, auch für neue Ratsmitglieder, wesentlich einfacher herauszulesen seien. Auch nach drei Tagen des Lesens fehle das Detailwissen. Er schließe sich dem Unterbrechungswunsch gerne an.

Der Vorsitzender merkt an, dass der Beitrag von Herrn Fox ein Schlag ins Gesicht der Fachbereichsleiter sei. Wenn er Probleme beim Lesen des Stellenplanes habe, hätte er sich an die Verwaltung wenden können. Die Arbeit die sich die Mitarbeiter in dieser Ausführlichkeit gemacht hätten, habe es zuvor nicht gegeben.

Herr Fox habe nicht die Arbeit der Fachbereichsleiter kritisieren wollen. Er persönlich würde sich für die Haushaltsplanung 2025 wünschen, dass dies in einem ordentlichen Organigramm oder sonstigem dargestellt werde. Es habe Abweichungen zwischen der Präsentation und den aktuellen Unterlagen gegeben.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass das Organigramm im Internet zu finden sei. Er frage sich, was hier noch transparenter dargestellt werden sollte. Der Stellenplan beinhalte Stellen und keine Namen. Wenn man sich die Vorlage des letzten

Jahresabschlusses ansehe, dann habe man eine ungefähre Vorstellung, was der nächste Haushalt bedeute. Man habe ein Plus von ca. 6 Mio. Euro erwirtschaftet.

Herr Kiel kann beim bestem Willen nicht verstehen, wie man einem Fachbereichsleiter gegenüber äußern könne, der quasi ein Jahr lang keinen Urlaub mache, 5 Bereiche vertrete, seit Jahren keinen Stellvertreter habe, dies sei nicht so wichtig, man solle bis zu den Haushaltsberatungen warten. Dies halte er für eine Frechheit. Ebenso dem Rat in der Sitzung eine Liste vorzulegen, die noch nicht einmal den Mindestanforderungen eines formellen Antrages entspreche, sei technisch unsauber. Aussagen wie, das Bürgerbüro müsse nicht auf personalisiert werden, wenn zuvor vom Fachbereichsleiter berichtet wurde, dass das Bürgerbüro aufgrund von Personalmangel und Krankheitsfällen geschlossen werden musste, sei unmöglich. Weiterhin vier Stellen im Bauhof mit einem Sperrvermerk zu versehen, was zudem technisch nicht möglich sei, halte er bei einem Bauhof, der trotz Aufpersonalisierung immer noch nicht über ausreichend Personal verfüge, ebenfalls für unmöglich. Er könne sich daher den Äußerungen des Bürgermeisters nur anschließen.

Der Vorsitzende ergänzt, dass neben der Neuschaffung von Stellen auch der Aufgabenzuwachs berücksichtigt werden müsse. Man habe eine massive Liste an Aufgaben von Bund, Land und EU erhalten. Außerdem verweist er auf die bevorstehende Bundestagswahl im Februar, welche durch die Gemeinden erledigt werden müssen und mit Urlaubssperren für die Mitarbeiter einhergehen würden. In dem Zusammenhang habe man überlegt, ob mit den Haushaltsberatungen im Januar überhaupt begonnen werden könne, zumal jeder mit dem Wahlkampf beschäftigt sei. Wann man zum Abschluss des Doppelhaushaltes kommen werde, sei fraglich. Hier rechne er mit März/April 2025. Die Genehmigung des Haushaltes werde man voraussichtlich im Sommer oder, wenn es schlecht laufe im Herbst erhalten. Selbst wenn er dann die Stellen hätte, könnten diese nicht vor Anfang 2026 besetzt werden.

Herr Kaninke merkt an, dass Herr Nikolay und er die Präsentation als sehr verständlich und notwendig erachtet haben. Die AfD-Fraktion werde daher den vorgeschlagenen Aufpersonalisierungen ohne Sitzungsunterbrechung zustimmen.

Herr Zimmer führt aus, die SPD habe immer die Nachpersonalisierung mitgetragen. Man habe sehr viel Personal in den letzten Jahren geschaffen und würde auch jetzt 10,5 Stellen mitgetragen. Dies stelle fast 90 Prozent der Forderungen dar.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass eine Sitzungsunterbrechung beantragt wurde und lässt hierüber abstimmen.

### **Einstimmiger Beschluss:**

„Der Gemeinderat beschließt, die Sitzung aufgrund von Beratungsbedarf zu unterbrechen.“

Es folgt eine Sitzungsunterbrechung von 19:48 Uhr bis 20:08 Uhr.

Herr Zimmer führt aus, nach Rücksprache mit den Fraktionen IDAL, FDP und dem Einzelratsmitglied Lafontaine sei man übereingekommen, die Stelle Nr. 3 Teil A zur Stellvertretung des Leiter Fachbereich I mit aufzunehmen. Die auch im Hinblick

auf die anstehende Bundestagswahl und die personellen Verluste in dem Bereich. Der Rest des SPD-Vorschlages werde man so belassen.

Herr Kiel bittet Herrn Zimmer, die Abweichungen des SPD-Antrages, mit den entsprechenden Stellen-Nummern, zum Verwaltungsvorschlag darzustellen.

Herr Zimmer teilt die Abweichung zum Verwaltungsvorschlag, wie folgt mit:

- Stelle Nr. 73 (Sachbearbeiter) wird nicht geschaffen
- Stellen 86 und 87 seien die Hausmeisterstellen, die befristet vorhanden seien. Die neuen Stellen werden im Doppelhaushalt 2025/2026 besprochen.
- Stelle Nr. 150 (Bauhof-Büro) wird um 0,5 auf 0,7 aufgestockt, für zwei Personen
- Eine Stelle mit KW-Vermerk soll wiederaufgenommen werden (Hausmeister Kita Wahlschied)

Der Vorsitzende dankt für die Aufnahme der Stelle Nr. 3 Teil A Beamte. Dies sei eine äußerst wichtige Position.

Herr Kiel führt aus, die CDU-Fraktion habe sich beraten und möchte nachfolgenden Vorschlag unterbreiten: Hinsichtlich der Hausmeisterstellen im Flüchtlingsbereich sowie der Aufpersonalisierung um 0,5 Stelle im Bauhof (Büro), könnte die CDU-Fraktion mitgehen, wenn die SPD-Fraktion die eine Stelle im Bürgerbüro mittrage. Diese werde als definitiv notwendig erachtet.

Herr Zimmer antwortet, dass dies seitens der SPD-Fraktion im Moment nicht gesehen werde. Dies könne gerne im Doppelhaushalt 2025/2026 beraten werden. Er bittet um frühzeitige Zustellung des Stellenplans, damit dieser vernünftig beraten werden könne.

Der Vorsitzende gibt zu bedenken, dass sich die Argumentation im neuen Haushalt nicht ändern werde.

Herr Kiel hält fest, die CDU-Fraktion werde gerne einen Abänderungsantrag stellen. In den beiden zuvor genannten Punkten, würde man sich dem SPD-Antrag anschließen: Die Stellen 86 und 87 nicht aufzunehmen und zu vertagen sowie die 0,5 Aufpersonalisierung (Stelle Nr. 150) würde man als Stellenneuschaffung bzw. –erhöhung mittragen. Ansonsten würde man dem Verwaltungsvorschlag folgen, das bedeute auch die Stelle Nr. 73 werde gerne geschaffen.

Der Vorsitzende verdeutlicht nochmals, dass die Argumentation sich im neuen Haushalt nicht ändern werde. Die Fraktionen würden sowohl an der Ausschreibung sowie beim Bewerbungsverfahren beteiligt. Es gehe lediglich um die Schaffung der Stelle im Stellenplan. Damit sei die Stelle ja noch nicht besetzt.

Da der Änderungsantrag der CDU-Fraktion der weitergehende Änderungsantrag sei, lässt der Vorsitzende hierüber abstimmen.

**Beschluss mit 15 Ja-Stimmen (11 CDU/ 4 AfD) und 16 Nein-Stimmen (9 SPD/3 IDAL/3 FDP/1 Grüne):**

1. Der Gemeinderat beschließt den vorliegenden Entwurf des 1. Nachtrages zum Stellenplan 2024 mit den folgenden Änderungen:
  - Die Stellen Nr. 86 und 87 (Hausmeister Flüchtlingsunterkunft Bietschied) mit einem VZÄ von je 1,0 in Teil B werden nicht geschaffen. Der Rat soll über eine Schaffung der Stellen für den Stellenplan 2025/2026 beraten.
  - Die Stelle Nr. 150 (Sekretariat Bauhof) in Teil B wird von 0,26 auf 0,76 VZÄ aufgestockt.
2. Der Gemeinderat beschließt die 2. Nachtragshaushaltssatzung für das Jahr 2024.

**Somit ist der CDU-Antrag abgelehnt.**

Es folgt eine Abstimmung über den SPD-Änderungsantrag.

**Beschluss mit 16 Ja-Stimmen (9 SPD/3 IDAL/3 FDP/1 Grüne) und 15 Nein-Stimmen (11 CDU/4 AfD):**

1. Der Gemeinderat beschließt den vorliegenden Entwurf des 1. Nachtrages zum Stellenplan 2024 mit den folgenden Änderungen:
  - Die Stelle Nr. 73 (Sachbearbeiter Bürgerbüro) mit einem VZÄ von 1,0 in Teil B wird nicht geschaffen.
  - Die Stellen Nr. 86 und 87 (Hausmeister Flüchtlingsunterkunft Bietschied) mit einem VZÄ von je 1,0 in Teil B werden nicht geschaffen. Der Rat soll über eine Schaffung der Stellen für den Stellenplan 2025/2026 beraten.
  - Die Stelle Nr. 150 (Sekretariat Bauhof) in Teil B wird von 0,26 auf 0,76 VZÄ aufgestockt.
  - Die Stelle Nr. 250 (Hausmeister KiTa Wahlschied) wird mit 0,18 VZÄ neu geschaffen.
2. Der Gemeinderat beschließt die 2. Nachtragshaushaltssatzung für das Jahr 2024.

**zu 4      Nutzungsordnung und Entgeltordnung für die Nutzung der Sport- und Mehrzweckhallen, sonstiger Einrichtungen und des Mobiliars der Gemeinde Heusweiler**  
**Vorlage: BV/0154/24**

Der Vorsitzende gibt Ausführungen zum Sachverhalt und verweist auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Personal- und Finanzausschusses.

### **Einstimmiger Beschluss:**

„Der Gemeinderat beschließt die Nutzungsordnung und die Entgeltordnung für die Nutzung von Sport- und Mehrzweckhallen, sonstigen Einrichtungen und des Mobiliars der Gemeinde Heusweiler ab dem 01.01.2025 in der vorliegenden Fassung.“

## **zu 5      Wirtschaftsplan 2025 des EVS** **Vorlage: BV/0156/24**

Der Vorsitzende erläutert ausführlich den Sachverhalt und verweist auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Personal- und Finanzausschusses.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt der Vorsitzende über die Beschlussempfehlung des Personal- und Finanzausschusses abstimmen.

### **Einstimmiger Beschluss:**

„Der Bürgermeister wird ermächtigt

1. dem Wirtschaftsplan 2025 des EVS,
2. der Festlegung der Abfallgebühren 2025 und 2026 innerhalb des zweijährigen Kalkulationszeitraums und den damit verbundenen Änderungen der Abfallgebühren-, Abfallwirtschafts- und Verwaltungsgebührensatzungen sowie
3. der Festlegung des Einheitlichen Verbandsbeitrags sowie des einjährigen Kalkulationszeitraums

in der Verbandsversammlung des EVS am 10.12.2024 zuzustimmen.“

## **zu 6      Mitteilungen und Verschiedenes**

### **zu 6.1    Abholsituation Nachmittagsbetreuung Holz**

Frau Frevel spricht die Abholsituation in der Nachmittagsbetreuung in Holz an. Ein Schreiben der ABG gGmbH beinhalte, dass, um den Kindern einen unge-störten Ablauf im neuen Konzept zu ermöglichen, eine Abholung vor 15:00 Uhr weiterhin nicht möglich sei. Ausnahme seien wichtige Termine, die zuvor schriftlich mitgeteilt werden müssten.

Der Vorsitzende hält fest, dies diene dazu, ständigen Störungen durch das Abholen der Kinder zu vermeiden und werde in allen Einrichtungen so gehandhabt. Einwände hierzu müssten mit der ABG gGmbH geklärt werden.

### **zu 6.2    Abbaufeld oberhalb der Hübelbergstraße**

Frau Nowack informiert, dass die RAG AG im Frühjahr 2025 ein altes Abbaufeld oberhalb der Hübelbergstraße, aufgrund der Gefahr von Tagesbrüchen, auffüllen werde. Diesbezüglich habe ein Termin vor Ort stattgefunden. Das gesamte Abbaufeld befinde sich auf Privatgrundstücken in Wiesenbereichen. Für die

Maßnahme sei eine Dauer von 6 Wochen veranschlagt. In dieser Zeit sei mit einem erhöhten LKW-Aufkommen im Bereich der Römerstraße und Friedhofstraße zu rechnen. Dies bedeute bei Materiallieferungen max. 10 LKWs pro Tag. Da die Strecke entlang des Friedhofes führe, sei vereinbart worden, Beerdigungs-termine bekannt zu geben, damit die Arbeiten während dieser Zeiträume angepasst werden könnten. Wenn die Ausschreibung erfolgt sei, werde eine entsprechende Veröffentlichung des Zeitraumes durch die RAG AG erfolgen.

### **zu 6.3 Fehlende Reflexion eines Zebrastreifens**

Herr Zimmer informiert, dass sich die energis den beiden Gehweglampen in Holz angenommen habe. Diese Lampen seien nicht mehr reparabel, weshalb Blinkleuchten aufgestellt wurden. Ebenso spricht er den Zebrastreifen vor der Gaststätte „Geissendiwwel“ an, welcher kaum noch erkenntlich sei. Aufgrund der fehlenden Reflektion sollte der Landesbetrieb für Straßenbau (LfS) die Streifen erneuern.

### **zu 6.4 Fuß- und Radweg zwischen Gemeinschaftsschule und Walpershofen**

Herr Schmidt spricht eine defekte Lampe auf dem Fuß- und Radweg zwischen der Gemeinschaftsschule und Walpershofen an. Diese sollte überprüft werden.

### **zu 6.5 Bundestagswahl Ende Februar 2025**

Herr Schmidt bezieht sich auf den Wahltermin Ende Februar 2025, wodurch das karnevalistische Brauchtum eingeschränkt sei. Die Stadt St. Ingbert habe verlautbart, dass man in Zusammenarbeit mit den Vereinen entsprechende Lösungen finden wolle. Er hoffe, dass dies in Heusweiler ebenfalls der Fall sein werde, vor allem in Holz und Niedersalbach.

Der Vorsitzende antwortet, dass dies bereits geregelt sei.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 20:33 Uhr.